



ASYLIRRSINN

Redet nicht, handelt!

Von DR. MARCUS FRANZ | Europa stellt seine sozialstaatlichen Strukturen unverändert jedem Ankömmling gratis zur Verfügung. Diese Tatsache wirkt in Afrika und im Orient wie ein Magnet auf wanderwillige junge Männer. Der Anreiz, sich im eigenen Land um Aufbau und Wirtschaft zu kümmern, ist deswegen für viele Einheimische ziemlich gering. Solange Europa so attraktiv und begehrenswert erscheint und solange der Zugang auf unseren Kontinent so einfach und so rasch erfolgen kann wie jetzt, wird es auch keine Änderung in der Mentalität geben. Politiker aller Couleurs widmen sich zwar pflichtschuldigst dem Mega-Problem „Migration“, aber sie bringen trotzdem keine Lösung zustande.

Der Klima-Flüchtling – die neue Gefahr?

Der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller warnte kürzlich vor einer gigantischen Fluchtbewegung aus Afrika und sagte, dass er in Europa mit bis zu 100 Millionen Migranten rechnet, wenn es dem Westen nicht gelingt, die Erderwärmung zu reduzieren. Weiters meinte er, dass die Industrienationen endlich faire Verhältnisse in Afrika herstellen und für gute Löhne sorgen müssten. Ja, Herr Minister, eh. Fairness ist immer gut. Nur: Wer sagt es den Konzernen und wer sorgt für die Umsetzung der hochlöblichen Müller'schen Vorschläge? Und

wer dreht diese vermaledeite Klima-Erwärmung ab, die angeblich die kommende Hauptursache für die erwarteten riesenhaften Migrationsbewegungen der nächsten Jahrzehnte sein wird? Das sagte uns der Minister leider nicht.

Appelle allein sind zu wenig

Aber vielleicht hilft uns die deutsche Kanzlerin wieder mit einem herzhaften „Wir schaffen auch das noch“ und das Problem ist gelöst? Ist ja schon das erste Mal 2015/16 wunderbar gelungen, die Migrationskrise zu bewältigen. Doch Sarkasmus beiseite: Wir haben nichts von den strategisch gut gemeinten Äußerungen europäischer Spitzenpolitiker, wenn keine Lösungen angeboten werden. Appelle allein sind zu wenig.

Außerdem helfen diese Aufrufe nicht, den aktuell schon laufenden Ansturm von Wirtschaftsmigranten zu beenden. Weil die, die kommen wollen, sind schon unterwegs, ganz ohne Klimawandel. Es hilft übrigens auch den afrikanischen und orientalischen Ländern nichts, wenn ein Hauptziel der dortigen Bevölkerung „Auswanderung“ heisst – diese Mentalität verwüstet letztlich alles.

Der Anti-Baby-Imperialismus

In ein ähnliches Horn wie der zitierte deutsche Minister stieß vor ein paar Tagen auch der französische Präsident Macron, als er am Rande des G-20-Gipfels anmerkte, dass die Geburtenrate in Afrika viel zu hoch sei und der Kontinent deswegen ein „zivilisatorisches Problem“ hätte. Er sagte allerdings nicht dazu, wie er die kulturell tief verankerten und auch aus sozialen Gründen (Altersversorgung!) in diesen Gesellschaften notwendigen hohen Nachwuchsraten reduzieren möchte. Soll Europa eine Verhütungs-Polizei nach Afrika schicken? Oder sollen wir gar für Zwangssterilisierungen eintreten? Reicht vielleicht auch gutes Zureden, um den Fortpflanzungstrieb der Afrikaner einzudämmen? Oder wie setzen wir diesen nur verhohlen angedeuteten Antibaby-Pillen-Imperialismus

Macron`scher Prägung denn konkret um? Fragen über Fragen. Und keine Antworten.

Alles nur Scheinmanöver

Die Vermutung liegt nahe, dass die hier zitierten Äußerungen und viele andere politische Statements zu Afrika nur Ablenkungsmanöver sind. Strategische Empfehlungen gehen jedem leicht von den Lippen, sie betreffen die fernere Zukunft und man kann sich mit den gut gemeinten Ratschlägen wunderbar um die jetzt notwendigen Entscheidungen schummeln. Wir lesen deswegen ständig von Wirtschafts-Kampagnen, die endlich auf dem Schwarzen Kontinent gestartet werden sollen und vom notwendigen Mut, dort viel mehr zu investieren.

Zu Ende gedacht bedeutet das aber, dass es ja doch eine neue Art von Imperialismus geben wird müssen. Das sagt natürlich niemand offen, aber darauf läuft es letztlich hinaus: Abschottung und Imperialismus – auch wenn es „nur“ ein Wirtschafts- und Kultur-Imperialismus ist.

Man könnte freilich über die Langzeit-Therapie des größten Problems unserer Zeit endlos debattieren. Aber diese Debatten helfen nicht gegen die täglich ankommenden und mit Menschen überladenen Schlauchboote aus Libyen, die jedes Monat abertausende illegale Migranten nach Europa bringen. Das Herumdebattieren ist hier ähnlich sinnvoll, wie wenn man vor der akut notwendigen operativen Versorgung eines lebensbedrohlichen Polytraumas darüber diskutiert, wo denn drei Monate später die Rehabilitation des Schwerverletzten stattfinden wird.

Handeln: jetzt!

Debatten sind schon mehr als genug geführt worden, es ist jetzt dringend Handeln gefragt. Und dieses Handeln kann nur aus militärischen Maßnahmen bestehen: Die bereits vieldiskutierte Schließung der Mittelmeerroute wird nur durch eine über die Marine gesicherte Seeblockade gelingen. Alle


Schlepper-Schiffe müssen von per EU-Beschluss legitimierten Kanonenbooten aufgebracht, beschlagnahmt und in die Herkunftshäfen zurückbegleitet werden. Versenkung der Boote vor dem Hafen inklusive. Es darf keine illegalen Bewegungsräume mehr geben. Sobald das allen klar ist, wird den Schleppern automatisch die Geschäftsgrundlage entzogen.

Radikal? Notwendig!

Freilich, solche radikalen Vorschläge klingen auf den ersten Blick brutal und die hauptberuflichen Menschenfreunde heulen auf, wenn man rational über diese Notwendigkeiten redet. Aber das Problem der illegalen Massmigration ist so gewaltig geworden, dass nur klare und kompromisslose Aktionen Besserung bringen können.

Sind wir ehrlich: Was wäre denn die Alternative zur strikten und militärischen Schließung des Mittelmeers? Das weitere Offenhalten? Das Fortführen der Debatten? So tun, als ob vielleicht bald ein Wunder die Problematik lösen würde? Alles Unsinn, weil es am Ende für alle nachteilig wird, wenn notwendige Handlungen immer wieder aufgeschoben werden. Es gibt keine Alternative, wenn Europa, seine Nationen, seine Kultur und seine entwickelten Strukturen überleben wollen.

(Im Original erschienen auf thedailyfranz.at)

 **Marcus Franz** (* 6. März 1963 in Wien) ist ein österreichischer Mediziner, Politiker und [Blogger](#). Von Juni 2015 bis März 2016 gehörte er dem Parlamentsclub der ÖVP an. Aus diesem trat er etwas mehr als ein halbes Jahr später wieder aus, nachdem innerparteiliche Kritik an seinen Äußerungen zu Angela Merkel und deren Flüchtlingspolitik laut geworden war. Seit 1. März 2016 ist er parteifreier Abgeordneter.



Islam-Apartheid bei Friseur in Zwickau

Vor zwei Tagen [postete eine erboste Kundin](#) der Friseurkette Klier in Zwickau ein Foto eines Aushangs des Salons auf Facebook und schrieb dazu: *Das musste ich jetzt mal hochladen, ein bisschen sprachlos war ich schon wo ich das bei meinem Friseur gelesen hatte.* Was da den weiblichen Kundinnen mitgeteilt wurde darf die Frau auch in der Tat sprachlos machen, mitten in Deutschland.

Das [Geschäft tat kund](#):

Sehr geehrte Kundschaft, aus personalbedingten Gründen bedienen wir vom 10.07.-15.07.17 ab 16.00 Uhr keine Damenkunden. In diesem Zeitraum haben wir einen syrischen Herrenfriseur im Salon der ausschließlich nur Herren bedient. Vielen Dank für Ihr Verständnis, ihr Klier-Team.

Das Foto machte im Internet schnell die Runde, viele vermuteten dahinter einen bösen Scherz oder eine Falschmeldung. Doch der wohlverdiente Shitstorm gegen den Laden blieb nicht aus. Handelte es sich hier doch ganz offensichtlich um Scharia-konforme Islam-Apartheid gegen Frauen. Ein syrischer Friseur, der nur Männer bedient gehört nach Damaskus und nicht nach Zwickau, zumal das Geschäft im Normalbetrieb kein reiner Herrenfriseur ist.

Friseurkette in Personalnot

Schon bald [reagierte die Geschäftsleitung](#) und verkündet, wie stolz man auf die sich im Personal widerspiegelnde Buntheit aller Herren Länder ist. Der Personalmangel führte dazu, dass vorübergehend nur dieser, lediglich an Herren geübte Syrer zur Verfügung stand. Dass dabei religiöse Motive eine Rolle spielten, weise man zurück:

Stellungnahme zum missverständlichen Aushang in einer Frisör Klier-Filiale in Zwickau

In den vergangenen Stunden wurde mehrfach ein Post geteilt, auf dem der Aushang einer Frisör Klier-Filiale in Zwickau zu sehen ist. Auf diesem Aushang wird missverständlich mitgeteilt, dass aufgrund von Personalmangel und der Tatsache, dass nur noch ein syrischer Herrenfrisör anwesend sei, ab den späten Nachmittagsstunden in einem begrenzten Zeitraum nur noch Herren bedient würden.

Daraufhin gab es zahlreiche berechtigte Nachfragen bei Frisör Klier und allerdings auch zum Teil unhaltbare und diskreditierende Kommentare und Aufrufe. Wir danken allen Menschen, die uns zur Klärung des Sachverhaltes zuerst angeschrieben haben, bevor sie den Post geteilt haben. Denn dies gibt uns die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Die Geschäftsleitung von Frisör Klier bedauert, dass es diesen missverständlichen Aushang gegeben hat. Außerdem wurde der Personalengpass zwischenzeitlich abgestellt. Frisör Klier beschäftigt viele Menschen aus vielen verschiedenen Ländern – darauf sind wir sehr stolz.

Wir sind der mit weitem Abstand größte Ausbilder der Frisörbranche. Und in einigen unserer Standorte in der Republik beschäftigen wir im Einklang mit den Gesetzen auch Menschen, die im Rahmen der Migrationsbewegungen nach Deutschland gekommen sind und auf der Basis der Ausbildung in ihren Heimatländern bei uns arbeiten. Dies geschieht in enger Absprache mit der Ausländerbehörde. Wir wollen den Menschen

damit einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Bei dem Mitarbeiter in besagtem Salon handelt es sich um einen Herrenfrisör aus Syrien. Das heißt, dass er in seiner Heimat ausschließlich zum Herrenfrisör ausgebildet worden ist. Das macht er perfekt. Aber er hat keine beruflich-fachliche Qualifikation, einen Damen-Haarschnitt auszuführen. Folglich bedient er ausschließlich aus diesem Grund nur Herren.

Den Unterstellungen, dass es sich um eine religiös motivierte Diskriminierung von Frauen handeln würde, möchten wir entschieden widersprechen. Gleichzeitig entschuldigen wir uns ausdrücklich für das Missverständnis.

Die Geschäftsleitung von Frisör Klier

Die Systempresse ergeht sich nun in Empörung über „Hasskommentare“. [BILD titelt](#) „grausame Hetze“ und das [Hamburger Abendblatt](#) zum Beispiel schwingt die Rassismuskeule.

Gleichzeitig findet es aber offenbar kaum ein Blatt durchaus unglaublich, dass eine große Kette wie diese, außer einem Scharia-Friseur kein Personal aufzutreiben im Stande ist. Allerdings hatten die Kundinnen des Zwickauer Salons noch Glück – eine Friseurin in Brandenburg bekam das Messer ihres syrischen ~~Kopf~~Haarabschneiders in den Hals gerammt (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)). Er hatte davor daheim auch nur Männer bedient. (lsg)



Polizisten-Kopftreter in Bremer Innenstadt

Die in den letzten Jahren zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizisten, verbunden mit der Angewohnheit einer ganz bestimmten Klientel, mit voller Wucht gegen die Köpfe von Arg- oder Wehrlosen zu treten, hat sich jetzt kombiniert in Bremen gezeigt.

Der [Weser-Kurier](#) berichtet:

Am Sonntagmorgen gegen 8 Uhr waren Polizeibeamte zu einer Auseinandersetzung zwischen mehreren Männern vor einem Schnellrestaurant im Bereich Breitenweg/Bahnhofstraße gerufen worden. Wie die Polizei mitteilt, sei ein 22-jähriger Mann ausgerastet und habe die Polizisten beleidigt. Er habe dabei versucht, den Beamten Faustschläge zu versetzen, woraufhin diese ihn zu Boden gebracht hätten. Ein 21-jähriger Mann habe sich plötzlich eingemischt und ebenfalls versucht, die Polizisten anzugreifen. Er habe sich zunächst etwa 30 Meter vom Ort des Geschehens entfernt, schließlich Anlauf genommen und einem 34 Jahre alten Polizeibeamten am Boden „mit voller Wucht“ gegen den Kopf getreten. Ein zweiter Polizist sei von einem Angreifer mit der Faust gegen den Kopf geschlagen worden.

Nach Informationen des WESER-KURIER ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Totschlags gegen einen der Tatverdächtigen, die 21 und 22 Jahre alten Männer waren

zunächst festgenommen worden.

Noch mehr „Männer“

Weitere „Männer“ wurden, ebenfalls in Bremen, aktiv, als die Frauen in einen Streit um einen Kinderwagenplatz im Bus gerieten, die Meldung findet sich ebenfalls im zitierten Zeitungsbericht. Über die „Männer“, einen Mann und seinen „Bruder“, erfahren wir leider nichts Näheres, auch nicht über die „Frauen“, für die die „Männer“ um einen Kinderwagenplatz stritten und anschließend die Bremer Polizisten verletzten. Auch die Polizeiberichte hüllen sich mit der genaueren Beschreibung der Täter, [hier](#) wie [dort](#) in volksverblödendes Schweigen.

Vielleicht erfahren wir ja, was Innensenator Mäurer (SPD) gegen die Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Polizisten in Bremen zu unternehmen gedenkt. Gegen die gewaltfrei agierenden Patrioten der Identitären Bewegung will er schließlich auch hart durchgreifen – ihnen will Mäurer ja den Waffenbesitz verbieten. Wir vermuten, dass die Mitglieder der Identitären Bewegung bald schon mit einem gelben Stern auf der Brust herumlaufen werden müssen – vielleicht geht ja auch ein gelbes Lambda.



Schorndorf: Nach Taharrusch und Krawallnacht, OB gibt Polizei die Schuld

Da scheint jemandem mächtig die Düse zu gehen. Taharrush-OB Matthias Klopfer (SPD, kleines Foto) versucht nach den Kölner Verhältnissen in seiner ehemals beschaulichen Kleinstadt vor den Toren Stuttgarts ([PI-NEWS berichtete](#)) den Schwarzen Peter der Polizei zuzuschieben. Jammernd wie ein kleiner Schuljunge zeigt Taharrush-Klopfer mit dem Finger Richtung Polizei [und behauptet](#): „Ich kann nicht sagen, warum die Polizei dieses Jahr davon abgesehen hat, den Schlosspark zu räumen.“

Argumentative Amokfahrt

Außer sich vor Panik, seine Restwählerschaft könnte glauben was die Polizei über die Zusammensetzung der Grabscher, Schläger und Landfriedensbrecher berichtete, schwadroniert er jetzt von Realschülern und Gymnasiasten und wirft diesen somit vor, für die Ausschreitungen in seiner Stadt verantwortlich zu sein. Erst nach Mitternacht seien dann Menschen mit Migrationshintergrund hinzugestoßen, halluziniert Klopfer weiter. Wahnsinn! Die sich zum Tatzeitpunkt vor Ort befindlichen [zahlreichen Polizeibeamten](#), die von mehrheitlich jungen Männern mit Migrationshintergrund berichteten, bezichtigt er mit seinen Behauptungen also der Lüge.

SPD in Schorndorf auf Platz 5

Was hat dieser Träumer eigentlich noch für eine Berechtigung Oberbürgermeister sein zu wollen!? Bei der Landtagswahl im letzten Jahr bekam seine Partei, die SPD, trotz oder vielmehr wegen seines Wahlkampfes in der Stadt nur 12,61 Prozent der Stimmen.

Die AfD lag mit 15,41 Prozent deutlich vor der Partei des SPD-

Bürgermeisters. Sogar die FDP lag knapp vor der SPD. Nach CDU (25,82%) und Grünen (19,32%) liegt die SPD in Schorndorf auf Platz 5 im Parteienranking.

Bis hierher und nicht weiter!

Spätestens nach diesem Wochenende sollte Taharrush-Klopfer abdanken. Den Rückhalt in der Bevölkerung, bei seinen potentiellen und den zukünftigen Wählern (Schülern), denen er pauschal kriminelle Machenschaften unterstellte, sollte er endgültig verloren haben. Menschen honorieren es, wenn man Fehler eingesteht, in diesem Fall die widerstandslose Flutung einer Kleinstadt mit angeblichen „Flüchtlingen“ und die daraus immer offensichtlicher zutage tretenden Folgen.

Diese Gelegenheit hat Taharrush-Klopfer mit seiner argumentativen Amokfahrt verpasst. Er träumt lieber weiter den Mutli-Kulti-Traum vom „Piep-Piep-Piep, wir haben uns alle lieb! Wir sind alle gleich!“. Das dem nicht so ist sollte unterdessen jeder mitbekommen haben. Auch die Schorndorfer können schon im September ein klares Zeichen setzen wohin der Zug in Zukunft rollen soll, oder aber schon heute und morgen damit anfangen Gesicht zu zeigen und auf ihrem Stadtfest all jenen, die nicht in friedlicher Absicht unterwegs sind, unmissverständlich klar zu machen: „Bis hierher und nicht weiter – Ihr seid hier nicht erwünscht!“.

Kontakt:

Rathaus Schorndorf
OB Matthias Klopfer
Marktplatz 1, 73614 Schorndorf

Tel: 07181 602-1001

Fax: 07181 602-1091

E-Mail: ob@schorndorf.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



Amokalarm an Esslinger Schule – Bewaffneter mit „dunklem Teint“

An der Friedrich-Ebert-Schule in Esslingen bei Stuttgart in Baden-Württemberg wurde heute wegen eines bewaffneten Mannes mit „dunklem Teint“ Amokalarm ausgelöst. Der Mann war am Morgen beim Betreten der Schule beobachtet worden. In seinem Hosenbund trug er laut Zeugen eine Schusswaffe. Schüler und Lehrer schlossen sich in Klassenräumen ein.

Nachdem die Schule durchsucht worden war, sammelten sich die Jugendlichen auf dem Sportplatz und wurden mittlerweile nach Hause entlassen, verletzt wurde niemand. Aktuell ist der Bewaffnete auf der Flucht, vermutlich auf einem Motorrad. Die John-F.-Kennedy Schule wurde ebenfalls von Einsatzkräften durchsucht. Die Polizei beschreibt den Mann [auf Twitter](#):



Rund um die Schule waren die Straßen weiträumig abgesperrt und bewaffnete Beamte zum Sichern des Gebietes abgestellt worden. Auch ein Hubschrauber und die Polizeihundestaffel wurden angefordert.

Aktuell meldet die Polizei keine akute Bedrohungslage an der Schule mehr. Nach dem Flüchtigen wird gefahndet. Ein bereits festgenommener Verdächtiger wurde wieder freigelassen. Laut Polizei wurden auch andere nahegelegene Schulen und Kindergärten vorsichtshalber verbarrikadiert.

Videobericht der Esslinger Zeitung:



Sezession: Hausprojekt in

Halle

„Ein Prozent“ und „Kontrakultur Halle“ haben in Halle/Saale ein Haus bezogen, am Dienstag demonstrierten Linke dagegen. Ein Interview mit Philip Stein von „Ein Prozent“. SEZESSION: Ein Jahr lang daran gebastelt, nun ist es amtlich – Halle ist die erste Stadt, die sich mit einem identitären, patriotischen Hausprojekt schmücken darf. Was tut sich im Haus?

STEIN: Zunächst geht es recht unspektakulär zur Sache, das heißt konkret: Fortsetzung der Renovierungsarbeiten, Fertigstellung der leider notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, akribische und sorgfältige Vorbereitung der kommenden Monate. Wir planen im Objekt selbst regelmäßige, wohl wöchentliche Veranstaltungen kultureller und politischer Art durchzuführen. Die Bandbreite umfaßt Lesungen, Kunstausstellungen (denn es gibt mittlerweile viele rechte Künstler!), Konzerte und politische Vorträge. Das alles will sorgfältig geplant sein. Darüber hinaus steht natürlich die Auswertung der Demonstration und der linken Aktivitäten gegen unser Haus an.

SEZESSION: Euer Haus soll nicht nur Wohn- und Veranstaltungsort, sondern auch, allgemeiner gehalten, eine Raum für die freie Rede und ein Treffpunkt für Bürger werden. Habt ihr euch hierfür die richtige Stadt, das richtige Viertel ausgesucht? Und: Fürchtet ihr Angriffe studentischer Linksradikaler? Denn immerhin ist euer Leuchtturmprojekt unmittelbar am Campus gelegen.

STEIN: Eine „Begegnungsstätte“ zu sein, steht definitiv auf unserer Agenda. Die kleine Veranstaltung am vergangenen Dienstag, dem Tag der linken Demonstration, hat diese Funktion bereits bestens erfüllt: Neben Identitären aus Österreich, der Slowakei und der BRD waren Mitglieder der Jungen Alternative (JA), Burschenschafter, politisch Ungebundene und Landtagsabgeordnete der Alternative für Deutschland (AfD) – namentlich Jan Wenzel-Schmidt, Hans-Thomas Tillschneider und

Hagen Kohl – vor Ort und haben sich untereinander ausgetauscht sowie patriotische Solidarität demonstriert.

Die örtlichen Linken schäumen natürlich, denn bisher beruhte ihr (auch finanzielles) Kerngeschäft ja immer auf der „Enttarnung“ und „Aufdeckung“ nonkonformer Strukturen. Gleichzeitig fußte ihr politischer „Erfolg“ auf der Zersplitterung rechter Bewegungen und der Uneinigkeit in unserem Lager – Benedikt Kaiser hat die Distanzeritis [hier an neuen Fällen](#) in ihrem ganzen Elend beschrieben. Wir werfen diese Fehler der Vergangenheit über Bord, zeigen Gesicht und demonstrieren Einigkeit – wen interessieren noch „Outings“, wenn wir alle zusammenhalten und unsere eigenen Strukturen immer weiter ausbauen?

Was die Stadt Halle/Saale betrifft, so finden wir hier eine interessante politische Situation vor: Einerseits hat die AfD hier eine breite Unterstützerbasis und auch die durchschnittliche Hallenser Bevölkerung kann wenig bis gar nichts mit linken und vermeintlich emanzipatorischen Studenten anfangen; andererseits ist es in Halle bereits zur schweren Übergriffen auf Mitglieder von „Kontrakultur“ gekommen ([hier](#) und [hier](#) exemplarisch dokumentiert), die Stadt fördert ein linksradikales, ehemals besetztes Haus ganz offiziell ([hier zu lesen](#)), und die Steuertöpfe finanzieren einen radikalen Sumpf aus studentischen Antifaschisten und „zivilgesellschaftlichen“ Initiativen ([zur Recherche geht es hier](#)). Halle ist also definitiv kein gemachtes Nest – aber das wäre ja auch langweilig und böte wenig Stoff für Legenden. Wir sind jedenfalls gekommen, um zu bleiben.

(Das ganze Interview kann man [bei sezession.de lesen](#))



Berlin: Illegal, scheißegal, bunt – Regenbogenflaggen vor SPD-Ministerien

Die Schwulen der Republik beanspruchen erneut exklusive Sonderrechte für sich. Während andere ihre Sexualität als Privatsache begreifen, die niemanden etwas angeht, treibt es die Schwulen manisch dazu, immer wieder mit ihrem Symbol darauf hinzuweisen, dass „es“ auch anders geht. Es sind die Regenbogenfarben, die ihre Darkrooms repräsentieren, und die nach ihrem Wunsche an sie erinnern sollen. Nach Möglichkeit an öffentlichen Gebäuden.

Und deshalb haben jetzt in Berlin verschiedene SPD-geführte Ministerien ihre bunten Flaggen gehisst, entgegen geltendem Recht, wie der [Tagesspiegel betont](#):

Vor dem Außenministerium hängt sie, am Umweltministerium, und ab Dienstag auch vor dem Familienministerium: die Regenbogenflagge. Die drei SPD-geführten Häuser setzen sich damit gegen den sogenannten Flaggenerlass aus dem CDU-geführten Innenministerium hinweg, der keinen Regenbogen vorsieht.

Kurz vor dem Berliner Christopher Street Day und pünktlich zum Start des lesbisch-schwulen Stadtfestes in Schöneberg wollen die Ministerien wie in den Vorjahren ein Zeichen setzen. So twitterte das Umweltministerium diese Woche, als

die Fahne der Homosexuellenbewegung vor dem Dienstsitz von Ministerin Barbara Hendricks hochgezogen wurde: „Für Vielfalt und gegen Diskriminierung – zu Beginn der PrideWeek in Berlin zeigen wir Flagge!“

Bunte Heuchelei

Es gibt sicher genügend Gruppen in Deutschland, die mehr diskriminiert werden als Schwule, die eher Aufmerksamkeit verdient hätten und für die man Flagge zeigen könnte. Genau hier zeigt sich die Heuchelei und Verlogenheit. Vielen muslimischen Frauen etwa wird nach wie vor die Buntheit vorenthalten, indem andere (Männer) über ihren Körper bestimmen. Es wird ihnen gesagt, wie sie selbigen bedecken und wie viel sie davon zeigen dürfen. Es sind Frauen, die von ihren Vätern und Brüdern in ihren Beziehungen und Kontakten, auch nichtsexuellen, überwacht werden, die in arrangierte Ehen gehen müssen oder ihr Leben riskieren, wenn sie eine eigene Beziehung eigensinnig durchzusetzen versuchen. Für sie und damit gegen die barbarische Ideologie Islam zeigt niemand Flagge, sie haben keine Lobby, erst Recht nicht in der Politik.

In der Politik haben die eine Lobby, die am wenigsten darauf angewiesen sind, weil sie „angesagt“ sind und bereits Macht haben, bei denen es am wenigsten Ärger gibt, wenn man sich für sie einsetzt, bei denen man am stärksten öffentlichkeitswirksam auf sich selbst, als Politiker, aufmerksam machen kann. Das ist bei den Schwulen der Fall und bei den muslimischen Frauen nicht. Und deshalb werden die ersteren, auch gegen das Gesetz, gehätschelt, die Frauen überlässt man sich selbst und dem Islam. Keine Flagge, kein Einsatz, kein Interesse, das ist anders gebunden: Auch wenn es jeder weiß, dass es andere als die normalen Sexualpraktiken gibt, auch diejenigen, die es nicht interessiert, wie die Bunten ihre Sexualität ausleben, werden penetrieren mit ihrem Anderssein – wenn nötig auch gegen das Gesetz.

Eine im Grunde unbedeutende Minderheit erhebt sich über die Mehrheit und kann dieser mit Hilfe der Politik ihre Lebensprämisse aufdrängen, die Mehrheit zwingen der galoppierenden Gesellschaftsverwahrlosung und dem Werteverfall beizuwohnen.



Der Sturm auf Italien

Von CHEVROLET | Eigentlich ist es klar, die bevorzugte Reiseroute der afrikanischen „Flüchtlinge“ geht von Libyen über das Mittelmeer nach Italien. Dort stehen die europäischen Mitarbeiter der Schlepperbanden, die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit ihren Schiffen unmittelbar vor der libyschen Küste bereit, um den Transport der Neger nach Europa zu übernehmen. Die afrikanischen Goldstücke werden dann in italienischen Häfen angelandet und den überglücklichen Europäern überreicht.

Das System funktioniert bestens, so [gab es in der BILD](#) die stolze Meldung, dass alleine am Freitag voriger Woche 1.795 „Flüchtlinge“ importiert wurden.

Aus Kanzlerinnensicht völlig unverständlicherweise, ist Italien nicht mehr so ganz glücklich darüber. Der stellvertretende italienische Außenminister Mario Gino und der Senator Luigi Manconi erklärten jetzt [gegenüber der „Times“](#), dass die italienische Regierung überlege, 200.000 Negern ganz

reguläre Visa zu geben, damit sie ungehindert durch die Schengen-Länder reisen könnten, natürlich an den Ort, wo es das meiste Geld abzugreifen gibt, also das Merkel-Paradies ([PI-NEWS berichtete](#)).

Freifahrtschein nach Germoney

Die beiden Politiker von der Demokratischen Partei haben nämlich ein Schlupfloch entdeckt, wie sie die Intelligenzbestien aus Afrika wieder loswerden können. Wenig bekannt ist die EU-Direktive 2001/55. Die wurde nach dem Balkan-Konflikt erlassen (und nicht mehr geändert), die es zulässt „vertriebenen Personen“, zeitlich befristete Visa zu erteilen. Damals kamen auch viele europäische Menschen in die EU, die aber zumeist problemlos integrierbar waren und ohnedies später in ihre Heimatländer zurückgingen. Dass die Neger integrierbar sind (oder überhaupt integriert werden wollen) und dass sie in die Heimat zurück wollen, ist freilich nicht zu erwarten.

„Migranten weiter reisen zu lassen, würde ein echtes Problem für unsere EU-Nachbarn bedeuten. Aber ich hoffe, es würde Frankreich mit dem Migrantenproblem direkt konfrontieren“, erklärte der stellvertretende italienische Außenminister. Gino spielt damit auf Frankreichs Politik an, die so aussieht, dass Merkel-Zögling und –Kofferträger Macron die geheiligte Kanzlerin für ihre „Flüchtlings“-Politik, also das Öffnen der Büchse der Pandora, lobt, aber selbst alles daran setzt zu verhindern, dass noch mehr islamische „Flüchtlinge“ nach Frankreich eindringen.

2015 sagte die EU Italien zu, 160.000 Neger und Araber aus Italien und Griechenland zu übernehmen und in den gewünschten [Zielländern anzusiedeln](#). Bis Juli 2017 erfolgte das nur mit 6.896 Personen, zumeist Moslems.

Gerade auch die Visegrad-Staaten (Ungarn, Slowakei, Tschechien, Polen) erweisen sich dabei als wirkliche Europäer,

indem sie kategorisch ablehnen die afrikanischen Invasoren aufzunehmen, die ohnedies nur zum Plündern kommen. Ganz wohl ist dem italienischen Vizeaußenminister wohl aber nicht bei dem Gedanken an die Visa-Verteilung, denn „wenn wir das einseitig machen, könnte das das Ende des Schengen-Abkommens bedeuten“, befürchtet er.

Scheinheilig ist Italiens Verhalten überdies, denn schon jetzt bewegen sich Horden von Negern nordwärts Richtung Germoney, dem gelobten Lande, wo Geld fließt – ganz ohne Visa, denn selbst die bekannt hochintelligenten Somalis wissen, dass man problemlos die Grenzen überqueren kann in Europa, und dass in Deutschland Bargeld lacht.

Italienische Staatsbürgerschaft leicht gemacht

Unterdessen gibt es in Italien eine weitere Diskussion, nämlich darüber, ob ein in Italien geborenes Kind automatisch die italienische Staatsbürgerschaft bekommen soll, so wie es bisher schon ist. Konkret bedeutet das „Ius Soli“, wie die juristische Bezeichnung dafür lautet, dass eine Schwangere, die eigentlich nur zum Zweck der Geburt nach Italien „flüchtet“, ein Kind mit italienischem Pass hat, und dieses Kind sofort Mutter und die gesamte Sippschaft – also das ganze Dorf in Afrika – Anspruch darauf habe, auch in Italien zu leben. Das ist dann auch der Grund, warum oft auch Schwangere auf den „Flüchtlingsbooten“ sind, deren Fahrgäste in Italien angeliefert werden. Allein am Freitag wurden laut BILD zehn Schwangere angelandet.

Eine Umfrage der Zeitung „[Il Messagero](#)“ zeigte, dass nur noch 32 Prozent der Italiener dieses Geburtsrecht wollen, nach 41 Prozent noch vor einem Jahr. Stattdessen wird im politischen Italien debattiert, ob man nicht ein „Ius Culturae“ einführen solle, dass Kindern, die mindestens fünf Jahre im italienischen Schulsystem sind, italienische Bürger würden. Die patriotische „[Lega Nord](#)“, bezeichnete den entsprechenden Gesetzentwurf schon als „kulturellen Fehler“, und Ex-Premier

Silvio Berlusconi erklärte, „wenn das in Afrika bekannt wird, dass es so leicht ist Italiener zu werden, wird es den Druck auf Italien noch drastisch erhöhen.“



Merkel: Noch eine volle Amtszeit aber keine Flüchtlingsobergrenze mit ihr

Von L.S.GABRIEL | Am Sonntag im ARD-Sommerinterview zeigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einmal mehr, wie aalglatt und geradezu abstoßend ignorant und überheblich sie nicht nur politisch, sondern auch im Gespräch agiert. Das gesamte Interview zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass man deutlich sehen konnte, dass sie auf jede Frage ihr eingefahrenes und davor wohl gut überlegtes Repertoire abspulte. Das wurde ihr aber durchaus von Tina Hassel und Thomas Baumann, zwei zahnlosen Fragestellern erleichtert.

Arroganz, die aus allen Poren trieft

Egal worum es ging, G20, Türkei, Klima oder die jüngsten Angriffe Sigmar Gabriels, Merkel blieb in ihrem jovial-arroganten Modus. Der Hamburger Krawall-Gipfel, für den sie mitverantwortlich ist, sei eben wichtig gewesen und über Gabriels Attacken habe sie sich bestenfalls gewundert.

Leicht unruhig wird sie bestenfalls, wenn man sie nicht ihren vollen Text zu Ende sprechen lässt. Auf Nachfragen zur Wiederkandidatur erklärt sie dann: „Ich trete für vier Jahre an“, das sei ihre „feste Absicht“, so Merkel.

Hassel und Baumann rutschten zwar nicht aus auf Merckels Teflon beschichtetem Panzer, aber er trug, dank der zurückhaltenden Fragestellungen, auch nicht einmal einen Kratzer davon. Dafür bekam Merkel die Gelegenheit ihr Programm abzuarbeiten und aus dem Gespräch noch selbstgefälliger hervorzugehen, als sie es begonnen hatte.



Taharrush-Mob und Krawalle in Schorndorf

Was in der Millionenstadt Köln Silvester vor über eineinhalb Jahren aufgrund islamischer Massenmigration möglich war, ist jetzt auch in den gleichen Dimensionen in deutlich kleineren Städten Deutschlands Realität. Im baden-württembergischen Schorndorf schossen, randalierten, begrapschten, zerstörten und leisteten über 1.000 Invasoren Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Auf dem derzeit stattfindenden Stadtfest Schorndorfer Woche (SchoWo) vom 14. bis 18. Juli, tobten sich „Neubürger“ bisher ungehemmt an einheimischen Frauen aus. Mehrere sexuelle

Übergriffe vom ersten Tag an. Von Samstag auf Sonntag wurde eine 17-Jährige von drei Afghanen (alles Asylbewerber) [festgehalten und am Po begripscht](#). In einem weiteren Fall ging die sexuelle Belästigung von einem Iraker aus. Außerdem wurden mehrere Fälle von Körperverletzung angezeigt. In der Nacht zum Sonntag, zwischen 20 Uhr und 3 Uhr früh, versammelten sich nach [Polizeiangaben](#) dann [ungefähr 1.000 Jugendliche](#) und junge Erwachsene – mehrheitlich mit Migrationshintergrund.

Hinter den Frauen stehen sie bereit:



Aktuelle Aufnahme der „Schowo 2017“

Wenige Meter davon entfernt, ein sich amüsierender und die Welt um sich vergessender Oberbürgermeister. OB Matthias Klopfer (SPD), der in der Vergangenheit auf Werbeveranstaltungen für „Flüchtlinge“ mit Begeisterung für die Unterbringung seiner „Goldstücke“ (0-Ton SPD-Schulz) geworben hat. Ende 2015 hieß es im Lokalblatt [Schorndorfer Nachrichten](#) noch: „Klopfer sicher: Integration von 1.000 Flüchtlingen kann gelingen“



Rechts: Oberbürgermeister Matthias Klopfer (SPD) bei der „Schowo 2017“

Die Krawalle beginnen

Plötzlich kam es aus dem Heer der rund 1.000 Invasoren unvermittelt zu zahlreichen Flaschenwürfen gegen feiernde Festteilnehmer, polizeiliche Einsatzkräfte und die Fassade des Schorndorfer Schlosses.

Im Einsatzbericht der [Polizei](#) heißt es außerdem:

Als ein Tatverdächtiger einer gefährlichen Körperverletzung festgenommen wurde, widersetzte sich dieser der Festnahme. In der Folge solidarisierten sich zahlreiche Personen mit dem Festgenommenen. Eine Vielzahl von Polizeibeamten mussten in Schutzausstattung die Festnahme abschirmen, um einen Angriff zu verhindern. Als sich die Einsatzkräfte zurückzogen, wurden sie erneut mit Flaschen beworfen.

Weiter zogen im Verlaufe der Nacht mehrere Gruppierungen mit circa 30-50 Personen durch die Innenstadt. Laut Zeugenaussagen seien einzelne Personen hierbei mit Messern bewaffnet gewesen.

Die Polizei berichtet außerdem, dass aus einer Gruppe heraus ein Schuss abgegeben wurde. Obwohl kein Tatverdächtiger festgenommen werden konnte, geht die Polizei nur von einer

Schreckschusswaffe aus. Weiter heißt es im Polizeibericht:

Im Verlaufe der Nacht mussten zahlreiche Einsatzkräfte aus umliegenden Landkreisen angefordert werden, um dem massiven Aggressionspotential begegnen zu können.

Dann konnte die Polizei ein bis dahin für „Neubürger“ eher ungewöhnliches Verhalten beobachten. Sicher ist auch nicht ob die folgenden Taten tatsächlich auf das Konto der „Fachkräfte“ gehen oder ob nicht vielleicht linksradikale Trittbrettfahrer dafür verantwortlich sind. Die Polizei schreibt:

Im Verlaufe der Nacht wurden zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Graffiti besprüht, ein Einsatzfahrzeug durch ein Flaschenwurf beschädigt und an sechs Fahrzeugen die Kennzeichen abmontiert und gestohlen.

Polizei von den Vorfällen schockiert

Die [Stuttgarter Zeitung](#) berichtet außerdem aus einem Gespräch mit dem Polizeisprecher:

„Uns haben die Vorfälle selbst schockiert“, sagt ein Polizeisprecher. Man sei zwar bei solchen Stadtfesten mit einer größeren Zahl von Beamten vor Ort, in diesem Fall habe man aber auch noch umfangreiche Verstärkungen aus den benachbarten Landkreisen hinzuziehen müssen. Erst gegen drei Uhr am frühen Morgen sei die Lage normal gewesen, sagt ein Polizeisprecher.

Weil man wahrscheinlich schon ahnte, dass die „Fachkräfte“ doch über andere als die erhofften „Kompetenzen“ verfügen, wurden für die diesjährigen Feierlichkeiten durch den Gemeinderat im Vorfeld schon 15.000 Euro aus Steuermitteln [in einen Sicherheitsdienst investiert](#). Angesichts der bisher nie dagewesenen Dimension an Gewalt durch Asylbewerber verpuffte diese Maßnahme offensichtlich.

Jetzt sollen für die letzten Tage des Festes mehr Polizeikräfte vor Ort sein, um für die verloren gegangene Sicherheit zu sorgen. Nicht einfach angesichts der sich an allen Orten ausbreitenden Gewalt durch die Gäste der Kanzlerin. Die Sicherheit wird schon bald nicht mehr herzustellen sein, von einer weit über ihre Grenzen hinaus belasteten Polizei. So gab es im gleichen Zeitraum auch in anderen Städten der Region ebenfalls Messerattacken und sexuelle Belästigungen wie auf einem [Fest in Reutlingen](#) durch Männer mit dunklem Teint und dunklen Haaren.

Video: